



Arbeitslosigkeit, Angst und Apathie - und was dagegen zu tun ist

Helmut Johach

Erweiterte Fassung eines Vortrags, der bei der Herbsttagung der Internationalen Erich-Fromm-Gesellschaft zum Thema Die Angst geht um - Vom Umgang mit der Angst am 1. und 2. Oktober 1994 in Plaue (Thüringen) gehalten wurde. - Erstveröffentlichung im Jahrbuch der Internationalen Erich-Fromm-Gesellschaft, Band 6 1996: *Gesellschaft und Charakter 7 Society and Character*, Münster: LIT-Verlag, 1995, S. 159-185.

Copyright ©1995 und 2011 bei Dr. Helmut Johach, Walpersdorfer Str.13, D-91126 Rednitzhembach, E-Mail: helmut.johach[at-symbol]web.de

1. Arbeitslosigkeit als soziales und psychisches Problem

Seit der Währungsunion, die die ostdeutsche Wirtschaft von einem Tag auf den anderen einem schonungslosen Wettbewerb aussetzte, und dem Zusammenbruch des Wirtschaftsverbands in den ehemals sozialistischen Ländern ist die Zahl der Erwerbslosen nicht nur in der ehemaligen DDR ständig gestiegen. Galt in der alten Bundesrepublik das Überschreiten der Millionengrenze bei der Zahl der registrierten Arbeitslosen Ende der Siebziger Jahre bereits als ein beschäftigungspolitischer Skandal und als „Bedrohung unserer demokratischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung“ (U. Engelen-Kefer, 1978, S. 7), so hat man sich im wiedervereinigten Deutschland daran gewöhnen müssen, dass Arbeitslosenzahlen von über vier Millionen, mit Einschluss der verdeckten Arbeitslosigkeit sogar von rund 6 Millionen (vgl. SPIEGEL-Titel: „Wer ist der nächste? Angst um den Job“. *DER SPIEGEL* vom 31.1.1994, S. 82ff.) schon fast für normal gehalten werden. Die vom Einigungsboom in Westdeutschland zunächst noch überdeckte, dann aber umso massiver durchschlagende Rezession hinterlässt in der Europäischen Gemeinschaft mehr als 17 Millionen Arbeitslose, von denen auch nach dem Wiederanspringen der Konjunktur aufgrund der den Betrieben verordneten „Radikalkur

ohnegleichen“.¹

Wie immer in Zeiten wirtschaftlicher Krisen, bleibt eine höhere Sockelarbeitslosigkeit als Resultat forcierter Rationalisierungsbestrebungen zurück - „jobless growth“ nennen die Amerikaner ein Phänomen, das nicht erst seit der letzten Rezession die mit dem Arbeitsmarkt befassten Wissenschaftler und Politiker beunruhigt. Wir werden uns auf absehbare Zeit mit der harten Tatsache auseinandersetzen müssen, dass der wirtschaftliche Aufschwung an den Langzeitarbeitslosen vorbeigeht, dass auch bei wiederanspringender Konjunktur immer noch Menschen aus dem Arbeitsprozess ausgegliedert oder „freigesetzt“ werden, wie es im marktwirtschaftlichen Jargon heißt.

Mein Beitrag befasst sich mit den *Kosten* dieser Entwicklung, d. h. nicht nur mit den in Geldäquivalenten bezifferbaren volkswirtschaftlichen Verlusten einer privatwirtschaftlich organisierten, auf Rentabilität, Produktivitätssteigerung und Profitmaximierung setzenden Marktwirtschaft, sondern vor allem mit den *menschlichen Kosten* dieser Entwicklung; das soll heißen: mit den *sozialen, psychischen und gesundheitlichen Folgen* bei den von Arbeitslosigkeit Betroffenen und den davon Bedrohten. Bei einer Tagung, die sich mit dem Thema „Angst“ befasst, scheint

¹ SPIEGEL-Titel: „Die Industrie wird wieder fit. Raus aus der Krise.“ *DER SPIEGEL* vom 14.3.1994, S. 94ff. nur ein Bruchteil wieder eine gleichwertige Anstellung finden wird.



FROMM-Online

Propriety of the Erich Fromm Document Center. For personal use only. Citation or publication of material prohibited without express written permission of the copyright holder.

Eigentum des Erich Fromm Dokumentationszentrums. Nutzung nur für persönliche Zwecke. Veröffentlichungen – auch von Teilen – bedürfen der schriftlichen Erlaubnis des Rechteinhabers.

es mir sinnvoll, diese Zusammenhänge einmal genauer zu beleuchten.

Wir müssen leider davon ausgehen, dass auch nach dem Ende der Ost-West-Konfrontation und der damit abnehmenden Angst vor dem atomaren Holocaust die gesellschaftlich produzierten Ängste nicht wesentlich geringer geworden sind. Neben der nach wie vor bestehenden Angst vor dem ökologischen Kollaps sind es in den 90er Jahren vor allem *wirtschaftlich* bedingte Ängste, wie die Angst vor Verlust des Arbeitsplatzes, Angst vor Armut und sozialem Abstieg, die das öffentliche Bewusstsein, aber mehr noch die unterschweligen Befürchtungen der Bevölkerung in den Industrieländern bestimmen - der Wahlslogan der SPD im „Superwahljahr“ 1994 („Arbeit - Arbeit - Arbeit - Sicherheit statt Angst“) gibt hierauf einen Hinweis.

Mit der Frage nach Ursachen und Folgen von Massenarbeitslosigkeit eng verbundene Themen sind „Abbau des Sozialstaates“ und „Radikalisierung“; letztere vollzieht sich vor allem im rechten politischen Spektrum, aber auch - dieser Zusammenhang wird seltener hergestellt - bei führenden konservativen und liberalen Marktradikalen in Wirtschaft und Politik. Weitere Schlagworte, die hier eine Rolle spielen, sind: Die mit der Tendenz zur „Ego-Gesellschaft“² verbundene Entsolidarisierung, die immer noch von offizieller Seite tabuierte „Armut in Deutschland“ (vgl. G. Gillen, M. Möller, 1992; W. Hanesch u. a., 1994) und die Entwicklung von der „Zweidrittel“- zur „halbierten Gesellschaft“ (H. Schmitthener, 1993, S. 20). Ich will im folgenden versuchen, beim Thema „Arbeitslosigkeit und Angst“ zu bleiben, halte es jedoch für unausweichlich, die übrigen, damit zusammenhängenden Themen wenigstens zu streifen.

Mir geht es in diesem Beitrag in erster Linie um *gesellschaftliche Entwicklungen, die Angst machen*, man könnte auch sagen: um die objektiv ängstigenden Verhältnisse, weniger dagegen um Angst als subjektiv erlebtes Phänomen. Im Gegensatz zu scheinbar grundlosen, nur aus dem Inneren kommenden

Ängsten sprechen die Analytiker hier von „Realangst“, im Unterschied zu „neurotischer“ Angst. Zu dieser Unterscheidung wäre einiges - auch Kritisches (vgl. D. Duhm, 1972, S. 18) - zu sagen. Hier nur soviel: Eine Beschränkung auf rein intrapsychische Vorgänge ohne Berücksichtigung der sozialen Bedingungen - d. h. der charakterprägenden Einflüsse der Struktur der Gesellschaft - würde dem Phänomen Angst nicht gerecht. Insofern kann und muss die Unterscheidung zwischen neurotischer Angst und Realangst problematisiert werden. Dies soll jedoch hier nicht mein Thema sein.

Ehe ich weiter fortfahre, möchte ich zunächst nach Berührungspunkten zwischen Erich Fromms sozialpsychologischem Ansatz und dem Thema Arbeitslosigkeit fragen.

2. Sozialpsychologie der Arbeitslosigkeit bei Erich Fromm

Erich Fromm entwickelte seinen grundlegenden theoretischen Ansatz, die Analytische Sozialpsychologie, Anfang der Dreißiger Jahre, also kurze Zeit nach der Weltwirtschaftskrise. Die erst im Jahr 1980 veröffentlichte Arbeiter- und Angestellten-Untersuchung (*Arbeiter und Angestellte am Vorabend des Dritten Reiches*, 1980a, in GA III) hatte als empirische Basis eine schriftliche Befragung mittels Fragebogen, die bereits 1929 konzipiert und „in 3000 Exemplaren vorwiegend an qualifizierte Arbeiter, Angestellte und untere Beamte in einer Reihe von deutschen Städten versandt“ (M. Horkheimer, 1936, S. 239) worden waren. Zwar standen schließlich, da nur ein Drittel der Fragebögen ausgefüllt zurückkam und von diesen beim Umzug des *Instituts für Sozialforschung* nach Genf im Jahr 1933 etwa die Hälfte verloren ging, schließlich nur noch 584 Fragebögen für die Auswertung zur Verfügung (vgl. W. Bonß, 1980, S. 8); diese gestatteten aber doch einen einigermaßen repräsentativen Überblick über „Meinungen, Lebensformen und Einstellungen von Arbeitern und Angestellten“ (E. Fromm, 1980a, S. 8) am Ausgang der Weimarer Republik.

Unter den Probanden befanden sich zahlreiche *Arbeitslose*, deren politische

² Vgl. *DER SPIEGEL* v. 30.5.1994, S. 58ff.



Orientierung, sofern sie nicht aus Protest den Wahlen fernblieben, damals eher dem linken Parteienspektrum (Kommunisten, Linkssozialisten) zugeordnet werden konnte. Der Anteil der Arbeitslosen lag zum Zeitpunkt der Erhebung bei Probanden, die der KPD nahestanden, mit 25 Prozent am höchsten, bei Sozialdemokraten mit 6 Prozent am niedrigsten, während der Anteil der Arbeitslosen bei den Nationalsozialisten und ihren Sympathisanten immerhin 17 Prozent betrug (vgl. E. Fromm, 1980a; GA III, S. 40). Es ist anzunehmen, dass mit der Verschärfung der Wirtschaftskrise und der Zunahme der Wählerstimmen für die Nationalsozialisten nach 1930 ein Teil der ehemals linksorientierten Wähler ins rechte Lager abdriftete, wozu vermutlich auch der relativ hohe Anteil an latent autoritären Haltungen bei den Wählern, die sich zu den Linksparteien bekannten, beitrug (vgl. E. Fromm, a. a. O., S. 186ff.). Auswirkungen der Arbeitslosigkeit auf das Wählerverhalten zu dokumentieren, gehörte jedoch nicht zur expliziten Zielsetzung der Arbeiter- und Angestellten-Untersuchung. So blieb denn auch die psychische und soziale Lage der Arbeitslosen ein Thema, das damals nur am Rande gestreift wurde.

Nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten, die Fromm mit dem *Institut für Sozialforschung* zur Emigration zwang, rückte das Thema Arbeitslosigkeit für den Kreis um Horkheimer etwas mehr ins Zentrum. So berichtet Fromm in seinem kurzen Rechenschaftsbericht über *Geschichte und Methoden der Erhebungen* (1936b; GA III, S. 225ff.) von zwei weiteren Untersuchungen des Instituts, die sich explizit mit diesem Thema befassen sollten. In Frankreich und der Schweiz - erste Station des Instituts nach der Emigration war ja Genf - sollte eine Erhebung über den „Einfluss der Arbeitslosigkeit auf die Familienstruktur“ (a. a. O., S. 226) durchgeführt werden; diese Erhebung kam jedoch aus Mangel an geschulten Interviewern nicht zustande. Eine spätere Untersuchung, die in der ersten Zeit nach der Übersiedlung des Instituts in die USA geplant war, sollte das „Verhalten von Arbeitslosen zur Unterstützung oder vielmehr zu der die Unterstützung gewährenden Institution“ (a. a. O., S. 228) empirisch erforschen. Anfang 1935

wurde damit begonnen, „einzelne Arbeitslose in zum Teil mehrstündigen Interviews über ihr Verhältnis zu Eltern und Autoritäten zu befragen“ (ebd.). Über das Schicksal der Unterlagen, die sich aus diesen Interviews ergaben, ist jedoch nichts Genaueres bekannt. Vermutlich wurde der Plan zu der hier erwähnten Untersuchung Ende der Dreißiger Jahre mit dem Ausscheiden Fromms aus dem *Institut für Sozialforschung* fallengelassen.

Ein wichtiger Punkt muss in diesem Zusammenhang jedoch noch erwähnt werden: Fromm arbeitete nach der Emigration in die USA bei der Auswertung der Arbeiter- und Angestellten-Untersuchung eng mit Paul F. Lazarsfeld zusammen, der zusammen mit Marie Jahoda im Jahr 1933 die inzwischen als „Klassiker“ geltende empirische Fallstudie über *Die Arbeitslosen von Marienthal* (M. Jahoda, P. Lazarsfeld, H. Zeisel, 1978) veröffentlicht hatte. Auch wenn Paul Lazarsfeld mehr dem amerikanischen „Survey“ zuneigte und nicht wie Fromm tiefenpsychologisch geschult war, ist anzunehmen, dass diese Untersuchung Fromm beeindruckt hat, dass sie ihm zumindest bekannt war (vgl. E. Fromm, 1980a, S. 7) und vielleicht auch sein Interesse an der Arbeitslosigkeitsforschung geweckt hat.

Trotz dieser vielfältigen Ansätze sucht man vergebens im Werk Erich Fromms nach einer vertieften Auseinandersetzung mit den psychischen und sozialen Folgen von Arbeitslosigkeit. In der Arbeiter- und Angestellten-Untersuchung bildete diese Thematik, wie gezeigt, keinen eigenen Schwerpunkt. In der späteren, methodisch ausgefeilteren mexikanischen Untersuchung (E. Fromm, M. Maccoby, 1970b) tauchen Arbeitslose nicht als eigene Kategorie, sondern nur als „Tagelöhner“ und „Saisonarbeiter“ (a. a. O., S. 241ff.) auf. Auch spricht die Andersartigkeit der mexikanischen Verhältnisse dagegen, Methoden und Ergebnisse dieser Untersuchung auf amerikanische oder deutsche Verhältnisse zu übertragen. So bleibt die Ausbeute an inhaltlichen Aussagen Fromms zum Thema Arbeitslosigkeit in den beiden empirischen Untersuchungen vergleichsweise gering. Eine relativ ausführliche Stelle findet sich jedoch in *Die Furcht vor der Freiheit*, im



FROMM-Online

Propriety of the Erich Fromm Document Center. For personal use only. Citation or publication of material prohibited without express written permission of the copyright holder.

Eigentum des Erich Fromm Dokumentationszentrums. Nutzung nur für persönliche Zwecke. Veröffentlichungen – auch von Teilen – bedürfen der schriftlichen Erlaubnis des Rechteinhabers.

Zusammenhang mit Ausführungen zum Gefühl der Ohnmacht, dem Fromm bereits in der *Zeitschrift für Sozialforschung* (E. Fromm, 1937a, GA I, S. 188ff.) einen Beitrag gewidmet hatte. Er schreibt dort:

„Auch noch andere Faktoren spielen bei der zunehmenden Ohnmacht des Individuums eine Rolle. Die wirtschaftliche und politische Szene ist komplizierter und umfangreicher geworden, als sie früher war, der einzelne ist daher weniger in der Lage, die Dinge zu durchschauen. Auch die Bedrohung, der er sich ausgesetzt sieht, hat zugenommen. Die strukturbedingte Arbeitslosigkeit vieler Millionen Menschen verstärkt ebenfalls das Gefühl der Unsicherheit. Wenn auch die Unterstützung der Arbeitslosen durch öffentliche Mittel die schlimmen Folgen der Arbeitslosigkeit nicht nur wirtschaftlich, sondern auch psychologisch mildert, bleibt doch die Tatsache bestehen, dass die Arbeitslosigkeit für die allermeisten nur sehr schwer zu ertragen ist und dass die Angst vor ihr ihr ganzes Leben überschattet. Einen Arbeitsplatz zu haben, ganz gleich um welche Art von Arbeit es sich handelt, scheint für viele alles zu sein, was sie vom Leben verlangen können und wofür sie dankbar sein sollten. Drohende Arbeitslosigkeit lässt auch das Altwerden noch schlimmer erscheinen. In vielen Berufssparten sucht man nur junge Leute - selbst solche ohne Berufserfahrung -, weil sie noch „anpassungsfähig“, d. h. leicht in ein kleines Rädchen umzuformen sind, wie man es gerade für ein bestimmtes Projekt braucht.“ (E. Fromm, 1941a, GA I, S. 294)

Fromm spricht hier bereits von „strukturbedingter“ Arbeitslosigkeit - in Untersuchungen aus neuerer Zeit wird ja häufig die Unterscheidung von „konjunktureller“ und „strukturbedingter“ Arbeitslosigkeit zur Erklärung der wachsenden Massenarbeitslosigkeit herangezogen, wobei sich die Experten darüber einig sind, dass die strukturellen Ursachen, vor allem die „Auswirkungen verschärften Wettbewerbs auf europäisch integrierten und globalisierten

Märkten, von Abwanderungsdruck in osteuropäische Billiglohnländer und von schlanker Verwaltung, Leitung und Produktion“ (J. Kühl, 1993, S. 3), eine dominierende Rolle spielen. Fromm spricht ferner davon, dass die *Angst* vor Arbeitslosigkeit bei vielen Menschen „das ganze Leben überschattet“ (ebd.). Diese Aussage ist gerade heute, in einer Zeit, in der immer noch täglich in den Zeitungen über Betriebsstillegungen und Massenentlassungen berichtet wird, von gesteigerter Aktualität.

Was Fromm damals, als er dies schrieb, freilich noch nicht wissen konnte: Ein gleichmäßig hoher „Produktivitätsfortschritt“ in den Industrieländern hat vor allem in den traditionellen Kernbereichen der Produktion, aber auch in der Landwirtschaft sowie in der Verarbeitungs- und Zulieferungsindustrie dazu geführt, dass mit immer weniger Menschen immer mehr produziert wird; die internationale Konkurrenz „zwingt“ das Kapital zur Verlagerung arbeitsintensiver Fertigung (z. B. in der Bekleidungsindustrie, aber auch z. B. in der Elektronik) in Billiglohnländer. Infolgedessen ist die Arbeitslosigkeit im primären und sekundären Sektor seit den 60er Jahren in den Industrieländern konstant angestiegen. Die gleichzeitige Ausweitung des tertiären Bereichs, des Dienstleistungssektors, konnte diesen Trend nicht ernsthaft stoppen und ihn nur teilweise kompensieren.

Fromm, der sich vor allem in den 50er Jahren - z. B. in *The Sane Society* (1955a) - mit Fragen der Gesellschaftstheorie befasst hat, hatte in den USA eine noch relativ ausgeglichene Situation vor Augen, die zudem noch durch Keynesianische Wirtschaftspolitik - in Zeiten wirtschaftlicher Depression sorgt der Staat für stärkere Nachfrage - abgemildert wurde. So erklärt es sich, dass er der Arbeitslosigkeit in seinen gesellschaftstheoretischen Schriften kaum größere Beachtung schenkt. Spätestens seit Beginn der 80er Jahre, mit der Regierungsübernahme von Reagan, Kohl und Thatcher, gewannen dagegen monetaristische Strömungen in den führenden Industrieländern die Oberhand. Hohe Kapitalrendite und nicht mehr Vollbeschäftigung ist seither das Kriterium erfolgreicher Wirtschaftspolitik. So ergab sich



„wirtschaftstheoretisch ein langes roll back des Neoliberalismus. Angefangen von dem zur Symbolfigur gewordenen Ludwig Erhard des markt- und konkurrenzökonomischen ‘Wirtschaftswunders’ und seiner ‘sozialen Marktwirtschaft’ bis zur militanten und geradezu antisozialen Krisenphilosophie eines ausdrücklichen Monetarismus unserer Tage, ausgeformt zu den gesellschaftspolitischen Praxisdoktrinen des Thatcherismus und der Reaganomics, wurde die etatistische, ja sogar die bloß keynesianische Tendenz immer schwächer und hilfloser” (R. Kurz, 1991, S. 65).

Eng verbunden mit dieser Art von Wirtschaftspolitik, die durch die Privatisierungspraxis der Treuhandanstalt auch in großem Maßstab auf den Osten Deutschlands ausgedehnt wurde, ist eine zunehmende Umverteilung der Einkommen von unten nach oben, die einseitige Belastung der Arbeitnehmerhaushalte mit Abgaben - unter weitgehender Schonung von Selbständigen und Beamten - sowie die Inkaufnahme von Massenarbeitslosigkeit bei gleichzeitiger Kürzung von Sozialhilfe, Lohnersatzleistungen und Maßnahmen zur beruflichen Wiedereingliederung.

Was hat diese Entwicklung mit dem Thema „Angst“ zu tun? Ich meine, sehr viel. Wir leben in einer Zeit wachsender *Unsicherheit auf ökonomischem Gebiet*. Niemand von uns kann sicher sein, dass er seine Arbeit behält oder dass er, wenn er arbeitslos geworden ist, in absehbarer Zeit wieder eine neue Arbeit finden wird. Unsicherheit macht Angst. Diese Angst ist keine neurotische Angst, sondern Realangst. Sie treibt uns dazu an, mehr zu leisten, um mithalten zu können, besser zu sein als die anderen, um ja nicht zu denen zu gehören, die aus dem Arbeitsprozess aussortiert werden; sie erfasst inzwischen nicht nur un- und angelernte Arbeiter oder einfache Angestellte, die auf dem Arbeitsmarkt am meisten benachteiligt und vom Verdrängungswettbewerb am stärksten betroffen sind, sondern auch hochqualifizierte Spezialisten und Manager in den mittleren bis oberen Chefetagen. Die Angst vor möglichem Arbeitsplatzverlust betrifft uns alle, auch und

gerade wenn wir das Glück haben, nicht zu den vier Millionen Arbeitslosen zu gehören, zu denen immer noch täglich neue Arbeitslose hinzukommen. Sie ist vielleicht gerade dann am stärksten, wenn über sie nicht geredet wird, sondern wenn wir so tun, als hätten wir sie nicht.

Ich will im folgenden versuchen, im Anschluss an die bereits erwähnte empirische Studie über *Die Arbeitslosen von Marienthal* (M. Jahoda u. a. 1978) einige Ergebnisse der Arbeitslosigkeitsforschung zusammenzufassen.



3. Die Marienthal-Studie: Ergebnisse der Arbeitslosigkeitsforschung

Ich beginne mit einer kurzen Schilderung der Verhältnisse in einer Kleinstadt in Niederösterreich aus dem Jahr 1929, die jedoch auch irgendwo in Ostdeutschland nach der Wirtschaftsunion im Jahr 1990 spielen könnte:

„Im Juli wird die Spinnerei geschlossen, im August die Druckerei, im September die Bleiche. Zuletzt im Februar 1930 sperrt die Weberei, und nun werden auch die Turbinen stillgelegt. Wenige Tage nachher beginnen unter großer Erregung der Bevölkerung die Liquidationsarbeiten.

Etwa sechzig Mann der Belegschaft werden zurückbehalten; ihnen fällt die Aufgabe zu, einen Teil der Fabrik niederzureißen. Ein Betriebsrat, der in diese Arbeitsgruppe eingeteilt wird, legt die Arbeit freiwillig nieder; er will nicht einer von denen gewesen sein, die die alte Arbeitsstätte zerstörten.

Heute stehen nur mehr die Färberei und die Websäle. Die Bleiche und die Spinnerei sind abgerissen. Die Aufräumarbeiten sind bis zur Zeit sehr mangelhaft durchgeführt. Von ihren Fenstern sehen die Arbeiter auf ihrer früheren Arbeitsstätte Schuttfelder, verbeulte Kessel, alte Transmissionsräder und halbverfallenes Mauerwerk.“ (M. Jahoda u. a., 1978, S. 35)

Wie reagieren die Menschen in einer solchen Situation auf die Zerstörung und den Verlust ihrer bisherigen Lebensgrundlagen?

Die am nächsten liegende Frage ist die nach der *materiellen Existenzsicherung*, sei es durch neue Arbeit, Arbeitslosen-Unterstützung oder anderweitige Hilfsquellen; eine der wenigen legalen Möglichkeiten war z. B. zur damaligen Zeit der Gemüseanbau im Schrebergarten. In den Details zu dieser Frage ist die Marienthal-Studie für die Verhältnisse in der Bundesrepublik der 90er Jahre zwar nicht mehr repräsentativ - so heißt es z. B., dass die Familien im Schnitt mit Geldbeträgen auskommen müssen, die „knapp ein Viertel des normalen Arbeitseinkommens

betragen“ (a. a. O., S. 50) -, wohl aber in der Tendenz: Die Behörden sperren die Arbeitslosen-Unterstützung, wenn illegale Nebeneinnahmen festgestellt werden, und die Fabriken und die Bauern in der Umgebung des Ortes nutzen die Not der Arbeiter aus, indem sie Löhne zahlen, die nur geringfügig über den Sätzen der Arbeitslosen-Unterstützung liegen (vgl. a. a. O., S. 43f.)

Aufschlussreich sind in diesem Zusammenhang Beobachtungen zur erzwungenen *Veränderung der Lebensgewohnheiten*, etwa zur veränderten Zusammensetzung des wöchentlichen Speiseplans, zu den verringerten Ausgaben für die Ernährung und Kleidung der Kinder oder zur schwächer werdenden Beteiligung am örtlichen Vereinsleben (a. a. O., S. 44ff.). Wichtiger als die äußeren Reaktionsformen erscheint jedoch die Art, wie die traumatisierende Erfahrung des Arbeitsplatzverlustes psychisch aufgenommen und verarbeitet wird. Jahoda, Lazarsfeld und Zeisel schildern vier verschiedene *Grundtypen von „Haltungen“ zur Arbeitslosigkeit*, die sie bei den Betroffenen und ihren Familien fanden:

- Am häufigsten verbreitet ist, etwa zwei Jahre nach der Einstellung der Produktion, die Haltung der *Resignation*: ein „gleichmütig erwartungsloses Dahinleben, die Einstellung: man kann ja doch nichts gegen die Arbeitslosigkeit machen, dabei eine relativ ruhige Stimmung, sogar immer wieder auftretende heitere Augenblicksfreude, verbunden mit dem Verzicht auf eine Zukunft, die nicht einmal mehr in der Phantasie als Plan eine Rolle spielt (...)“. Kriterien für die Zuordnung zu dieser Gruppe sind: „Keine Pläne, keine Beziehung zur Zukunft, keine Hoffnungen, maximale Einschränkung aller Bedürfnisse, die über die Haushaltsführung hinausgehen, dabei die Aufrechterhaltung des Haushaltes, Pflege der Kinder und bei alledem ein Gefühl relativen Wohlbefindens“ (a. a. O., S. 70).
- Den - zahlenmäßig geringeren - Gegentypus zu den Resignierten verkörpern die *Ungebrochenen*: „Man hat bei diesen Familien vor allem den Eindruck einer größeren Aktivität. Ihre Haushaltsführung ist ebenso geordnet wie die der Resignierten, aber ihre Bedürfnisse sind weniger reduziert,



ihr Horizont ist weiter, ihre Energie größer (...). Maßgebende Kriterien für diese Gruppe sind: „Aufrechterhaltung des Haushaltes, Pflege der Kinder, subjektives Wohlbefinden, Aktivität, Pläne und Hoffnungen für die Zukunft, aufrechterhaltene Lebenslust, immer wieder Versuche zur Arbeitsbeschaffung“ (a. a. O., S. 70f.).

- Die beiden restlichen Gruppen werden von den Autoren in ihrer Haltung als „gebrochen“ bezeichnet, jedoch wird zwischen ihnen nochmals genauer unterschieden: Die *Verzweifelten* befinden sich, objektiv gesehen, kaum in einer anderen Lage als die beiden anderen Gruppen, sie reagieren jedoch anders darauf: „Wie die Ungebrochenen und die Resignierten halten auch sie ihren Haushalt noch in Ordnung, pflegen auch sie ihre Kinder. Diese Haltungskriterien gehören also auch notwendig zur Gruppe der Verzweifelten. Es kommen aber noch hinzu: Verzweiflung, Depression, Hoffnungslosigkeit, das Gefühl der Vergeblichkeit aller Bemühungen und daher keine Arbeitssuche mehr, keine Versuche zur Verbesserung sowie häufig wiederkehrende Vergleiche mit der besseren Vergangenheit“ (a. a. O., S. 71).
- Schließlich ergibt sich ein letzter Reaktionstypus bei den *Apathischen*, gekennzeichnet vor allem durch das „Aufgeben des geordneten Hausstandes“ (a. a. O., S. 71): „Mit apathischer Indolenz lässt man den Dingen ihren Lauf, ohne den Versuch zu machen, etwas vor dem Verfall zu retten. (...) Das Hauptkriterium für diese Haltung ist das energielose, tatenlose Zusehen. Wohnung und Kinder sind unsauber und ungepflegt, die Stimmung ist nicht verzweifelt, sondern indolent. Es werden keine Pläne gemacht, es besteht keine Hoffnung; die Wirtschaftsführung ist nicht mehr auf Befriedigung der wichtigsten Bedürfnisse gerichtet, sondern unrationell. In dieser Gruppe finden wir die Trinker des Ortes. Die Familie zeigt Verfallserscheinungen, es gibt viel Streit; Betteln und Stehlen sind häufige Begleiterscheinungen. Nicht nur für die weitere Zukunft, schon für die nächsten Tage

und Stunden herrscht völlige Planlosigkeit. Das Unterstützungsgeld wird schon in den ersten Tagen verbraucht, ohne dass bedacht würde, was in der übrigen Zeit geschehen soll“ (ebd.).

Ich habe diese Ergebnisse der „klassischen“ Marienthal-Studie hier ausführlich referiert, nicht um Stimmungen wie Resignation und Apathie zu verbreiten, sondern um zu zeigen, wie *belastend Arbeitslosigkeit von den Betroffenen erlebt* wird und wie notwendig es deshalb ist, alles zu tun, um das Absinken immer größerer Bevölkerungskreise in Arbeitslosigkeit zu verhindern.

Der bei den „Apathischen“ erwähnte Zusammenhang zwischen Verlust des Arbeitsplatzes, Alkoholismus und Aufgeben einer geordneten Haushaltsführung ist mir auch aus meiner Berufspraxis in der *Suchttherapie* bekannt. Ich empfinde den therapeutischen Umgang mit Langzeitarbeitslosen in der Suchttherapie deshalb als besonders schwierig, weil bei ihnen nicht nur zentrale Bereiche der Persönlichkeit - Selbstwertgefühl, psychische Energie und Aktivität - erheblich in Mitleidenschaft gezogen sind, sondern auch Fähigkeiten, die zur Strukturierung des Alltags gehören, wie z. B. Zeiteinteilung, Achtung auf Körperpflege und soziale Verbindlichkeiten, allmählich verloren gehen. Diese für andere Gruppen unter den Suchtkranken selbstverständlichen oder noch weitgehend intakten Fähigkeiten wieder aufzubauen, ist besonders langwierig und mühsam. Bei Langzeitarbeitslosen ist auch die Rückfallquote besonders hoch, da es selten gelingt, den Teufelskreis von psychischer Apathie und gesellschaftlicher Stigmatisierung, der zu besonderer Benachteiligung nicht nur auf dem Arbeitsmarkt, sondern auch in anderen Bereichen des sozialen Lebens führt, zu durchbrechen.

Erwähnen möchte ich aus der Marienthal-Studie noch die *Zeitbudget-Analyse*, die am deutlichsten auf das „zeitstrukturierende Element“ (E. Schuhmacher, 1986, S. 60) der Berufsarbeit für den Lebensalltag hinweist:

„Das Gefühl, freie Zeit nur in beschränktem Ausmaß zur Verfügung zu haben, treibt zu



ihrer überlegten Verwendung: das Gefühl aber, unbegrenzt Zeit zu haben, macht jede Zeiteinteilung überflüssig.“ (M. Jahoda u. a., 1978, S. 86)

Diese Folgewirkung des Wegfalls der gewohnten Unterscheidung von Arbeit und Freizeit trifft in besonderem Maße die Männer, denn die Frauen hatten - und haben noch immer - neben der Berufsarbeit in weit höherem Maße Haushalts- und Familienarbeit zu leisten:

„Die Frauen sind nur verdienstlos, nicht arbeitslos im strengsten Wortsinn geworden. Sie haben den Haushalt zu führen, der ihren Tag ausfüllt. Ihre Arbeit ist in einem festen Sinnzusammenhang, mit vielen Orientierungspunkten, Funktionen und Verpflichtungen zur Regelmäßigkeit. (...)

Die Frauen wollen also trotz der Mehrbelastung nicht nur aus materiellen Gründen wieder in die Fabrik zurück; die Fabrik hat ihren Lebensraum erweitert und ihnen soziale Kontaktmöglichkeiten gegeben, die sie jetzt entbehren. Ein Zeiterfall aber, wie wir ihn bei den Männern gefunden haben, lässt sich bei den Frauen nicht nachweisen.“ (a. a. O., S. 89, 92)

Die hier bereits angedeutete Tendenz, die Auswirkungen der Arbeitslosigkeit nach verschiedenen sozialen Kategorien (Alter, Geschlecht, Ausbildung, sozialer Status) weiter zu differenzieren und z. B. *geschlechtsspezifische* Unterschiede zu untersuchen, wurde erst in der späteren Arbeitslosigkeits-Forschung, die sich auch heute noch auf den Ansatz der Marienthal-Studie stützt (vgl. Th. Kieselbach, A. Wacker, 1986, S. 142, 152, 226), in größerem Umfang realisiert. So wurde gezielt auch der Zusammenhang von *Arbeitslosigkeit und psychischer Gesundheit* bei verschiedenen Gruppen von Betroffenen unter die Lupe genommen (vgl. E. Schumacher, 1986; Th. Kieselbach, A. Wacker, a. a. O., S. 152ff.) und festgestellt, dass „diejenigen, die in ihrem Leben häufiger arbeitslos waren, auch häufiger unter psychosomatischen Beschwerden, Neurosen

oder schweren psychiatrischen Störungen litten“ (Th. Kieselbach, A. Wacker, a. a. O., S. 154). Bereits Fromm stellte in der Arbeiter- und Angestellten-Untersuchung fest, dass „die Arbeitslosen, die finanziell am schlechtesten gestellte Gruppe, auch am schlechtesten schliefen“ (E. Fromm, 1980a; GA III, S. 163) - ohne dass dies freilich, wie bereits erwähnt, zu einem eigenen Untersuchungsschwerpunkt geworden wäre.

Auch ein gravierender Mangel der Marienthal-Studie muss erwähnt werden: Sie enthält keine Angaben über den *Verlauf* bzw. einzelne *Entwicklungsstadien* in der Reaktion auf Arbeitslosigkeit, sondern gibt gleichsam nur wie in einer Momentaufnahme verschiedene Stadien nebeneinanderstehend wieder. Bei einer über mehrere Jahre angelegten Längsschnitt-Analyse hätte sich vermutlich gezeigt, dass die vier genannten Reaktionstypen nicht nur nebeneinander vorkommen, sondern auch in zeitlicher Abfolge einander ablösen können: etwa von trotziger Selbstbehauptung zu Beginn der Arbeitslosigkeit über Resignation nach zahlreichen Fehlschlägen bei der Stellensuche bis hin zur möglichen Verzweiflung und Selbstaufgabe. Dieser Prozess kann unterschiedlich lange dauern und verschiedene Varianten beinhalten; er verläuft jedoch, wenn keine Wiedereingliederung ins Arbeitsleben gelingt, bei den meisten Betroffenen in ähnlicher Weise. So schreibt M. Frese in einem Übersichtsartikel „*Zur Verlaufsstruktur der psychischen Auswirkungen von Arbeitslosigkeit*“:

„Nur aufgrund der täglichen und wöchentlichen Enttäuschung in der Jobsuche über längere Zeiträume entwickelt sich die Gewissheit: Ich bekomme keine Arbeitsstelle mehr. Erst dann kann man von enttäuschter Hoffnung sprechen. (...)

Offensichtlich führt nur langzeitige, nicht aber kurzzeitige Arbeitslosigkeit zu psychischen und psychosomatischen Störungen. (...) Es ist nicht ganz einfach anzugeben, ab welchem Zeitpunkt Arbeitslosigkeit zu psychischen und psychosomatischen Störungen beiträgt. Wahrscheinlich tauchen die größten Probleme etwa nach 6 Monaten oder nach



einem Jahr der Arbeitslosigkeit auf. Dies dürfte u. a. davon abhängen, welches gesellschaftliche System der Arbeitslosenunterstützung in einem Land existiert, das jeweils darüber entscheidet, wann zusätzliche tägliche Stressoren auftreten (z. B. Aussteuerung aus der Arbeitslosenunterstützung und Erhalt der geringeren Arbeitslosenhilfe) und wie die Akkumulation der täglichen Belastungen im einzelnen verläuft.“ (M. Frese, 1986, S. 228, 232)

Wie ersichtlich, sind bei der Reaktion auf eingetretene Arbeitslosigkeit *psychische* und *soziale* Faktoren eng miteinander verknüpft. Finanzielle Hilfen, deren „Gewährung“ den Arbeitslosen nicht, wie leider auf vielen Ämtern üblich, zum Bittsteller und „Sozialschmarotzer“ degradiert, sinnvolle Beschäftigung in der zwangsweise zugeteilten Freizeit, weitere Qualifizierung oder Umschulung mit dem Ziel, wieder in einen Beruf einzusteigen, und ein gut funktionierendes Netz von sozialen Beziehungen können die Negativwirkungen der Arbeitslosigkeit zwar nicht total aufheben, aber doch wenigstens einigermaßen begrenzen.

4. „Angst im Kapitalismus“ als Angst vor Arbeitsplatzverlust

Vor mehr als 20 Jahren schrieb Dieter Duhm seinen „Klassiker“ *Angst im Kapitalismus* (D. Duhm, 1972), der das Psychologie-Verständnis einer ganzen Generation kritisch eingestellter Studenten nachhaltig beeinflusst hat. Bei der erneuten Lektüre löst dieser Text zwiespältige Gefühle in mir aus: Einerseits formuliert er in höchst prägnanter Weise Einsichten, die immer noch gültig sind, auch wenn sie z. Zt. nicht hoch in Kurs stehen: z. B. zum Zusammenhang zwischen der ökonomischen Struktur der Gesellschaft und dem Verhalten, den Gefühlen und Einstellungen - in Frommscher Terminologie: dem „Gesellschafts-Charakter“ - der Individuen. Andererseits enthüllt er wie kaum ein anderer auch die Schwächen im Denken der 68er-Bewegung: den Glauben an die soziale Sprengkraft einer „befreiten

Sexualität“ (D. Duhm, 1972, S. 131); die Kritik an der autoritären, angsterzeugenden Struktur der Kleinfamilie, die es aufzubrechen gelte (a. a. O., S. 57ff., 132f.); schließlich den unkritischen Glauben an die *Aufhebung der Entfremdung durch den Sozialismus*, einschließlich der sozialistischen Planwirtschaft - ein gesellschaftliches Gegenmodell, das damals noch die Folie für die Kritik am Kapitalismus bildete. Duhm schreibt:

„In einer vernünftig geplanten Gesellschaft würden die Menschen nicht arbeitslos, sondern sie würden für sinnvollere Arbeiten eingesetzt (Erziehungs- und Bildungswesen, Gesundheitswesen usw.) und die Arbeitszeit würde bei allen gleichmäßig verkürzt. In einer vernünftigen Gesellschaft gäbe es keinen geplanten Verschleiß mehr, auch keine Bedarfsdeckungswerbung, keine riesige Rüstungsindustrie, keine Produktdifferenzierung in eine sinnlose Vielfalt ähnlicher Marken. All dieser Unsinn ist die Folge der privaten Aneignung. (...)“

Das Wohl der Allgemeinheit fordert die Abschaffung des Privateigentums und die Einführung einer sozialistischen Planwirtschaft, in der die Arbeitszeit aus zwei Gründen gekürzt werden könnte. Der erste Grund ist die Beseitigung von sinnloser Produktion und geplanter Verschwendung. Der zweite ist die viel schnellere Automatisierung. Im Kapitalismus verstauben viele Patente zur Automatisierung in den Schubladen der großen Konzerne, denn Automatisierung wäre kurzfristig teurer als der Mensch. Im Sozialismus dagegen gäbe es keinen Grund, die Automatisierung zu boykottieren. Dadurch würden Millionen Menschen von sinnlosen und stumpfsinnigen Arbeiten befreit.“ (D. Duhm, 1972, S. 51f.)

Nun ist gerade das, was Duhm hier noch mit dem älteren Terminus „Automatisierung“ bezeichnet, d. h. die Ersetzung menschlicher Arbeitskraft durch Maschinen und Energie zum Zweck der Produktivitätssteigerung, die unmittelbare Wurzel der aktuellen Massenarbeitslosigkeit in den Industrieländern.



Die von Duhm vorgeschlagene Lösung, die so „freigesetzten“ Arbeitskräfte für „sinnvollere“ Tätigkeiten im Sozial- und Erziehungswesen, im Umweltschutz etc. einzusetzen, scheint schon deshalb nicht realisierbar zu sein, weil derartige Arbeitsplätze angesichts der Finanzmisere in den öffentlichen Haushalten kaum finanzierbar sind. Zwar ist Duhm darin zuzustimmen, dass geplanter Verschleiß und übertriebene Produktdifferenzierung (z. B. in der Autoindustrie) zu den Missständen kapitalistischen Wirtschaftens gehören - aber wäre ohne diese Missstände und den systematisch angekurbelten Konsum breiter Bevölkerungsschichten die Arbeitslosigkeit nicht noch höher?

Dieses Gegenargument zeigt freilich, wie misslich es ist, an die Utopie einer nicht-entfremdeten Gesellschaft mit sinnvoller Arbeit für alle die Meßlatte systemimmanent bleibender Kritik anzulegen. Gerade wenn man im Rahmen des bestehenden Wirtschaftssystems argumentiert, zeigt sich aber auch, dass das Problem der Massenarbeitslosigkeit - dies ist meine Überzeugung - rein *systemimmanent nicht zu lösen* ist. Obwohl es unter diesem Aspekt sehr verlockend wäre, den Überlegungen Duhms zu einer alternativen „sozialistischen“ Wirtschaftsweise genauer nachzugehen, werde ich diesen Weg der grundsätzlichen theoretischen Erörterung hier nicht weiter verfolgen und mich stattdessen konkret mit dem Phänomen der sozial produzierten *Angst* befassen.

Bei der Frage nach den psychischen Auswirkungen von Arbeitslosigkeit als Massenphänomen spielt nicht nur bereits eingetretene, sondern auch *drohende oder bevorstehende* Arbeitslosigkeit eine wichtige Rolle. Fanden wir im Gefolge von bereits eingetretener Arbeitslosigkeit psychische Reaktionsformen wie Resignation und Apathie, so ist Angst eher die Reaktion auf ein bevorstehendes Ereignis, dessen Eintreffen oder Nichteintreffen ich kaum beeinflussen und gegen dessen Folgen ich mich nur unvollkommen wappnen kann. Das Ereignis braucht nicht zwangsläufig einzutreffen; allein die Möglichkeit, dass es eintreffen *könnte*, löst schon Angst aus.

Arbeit, d. h. genauer: bezahlte

Erwerbsarbeit ist in unserer Gesellschaft, die nicht nur als Überfluss-, Konsum- und Erlebnisgesellschaft, sondern immer noch in erster Linie als „Arbeitsgesellschaft“ (vgl. W. Bonz, G. Heinze, 1984, S. 10) zu bezeichnen ist, zu einem „knappen Gut“ (F. Duve, 1977, S. 112) geworden. Da die Allokation von Gütern und Ressourcen, sieht man von Kapital- und Grundbesitz ab, für die Masse der Bevölkerung an *bezahlter Erwerbsarbeit* hängt, ist die Angst vor dem Verlust der Arbeit zugleich Angst, die Mittel zum Lebensunterhalt zu verlieren bzw. am Niveau des bisher gewohnten Lebensstandards erhebliche Abstriche hinnehmen zu müssen - eine Angst, die keineswegs unbegründet ist: Der Armutsbericht des DGB und des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes nennt unter den von Armut bedrohten Bevölkerungsgruppen die Arbeitslosen an erster Stelle vor den Alleinerziehenden, den Wohnungslosen, Behinderten und Senioren (vgl. W. Hanesch u. a., 1994, S. 280ff.). Wir müssen davon ausgehen, dass bei gleichbleibender oder weiter ansteigender Arbeitslosigkeit auch das Angstniveau in der Bevölkerung weiter steigen wird.

Das Buch von Dieter Duhm über *Angst im Kapitalismus* (1972), auf das ich mich hier beziehe, hat darin sein Verdienst, dass es die Wurzeln der gesellschaftlich produzierten Angst nicht nur auf einzelne Missstände, die man für leicht behebbare Schönheitsfehler des Systems halten könnte, sondern auf den kapitalistischen Produktionsprozess selbst zurückführt. Die Zeitbedingtheit seines Ansatzes zeigt sich allerdings darin, dass bei ihm, ähnlich wie bei Fromm, die Massenarbeitslosigkeit noch kein Thema ist. Bis zum Ende der Sechziger, ja noch bis weit in die Siebziger Jahre hinein konnten ja die durch Rationalisierung in bestimmten Branchen wegfallenden Arbeitsplätze durch Wirtschaftswachstum in anderen Branchen ersetzt werden. Dieser Umstand half zwar den von Arbeitsplatzverlust Betroffenen, in Verbindung mit Möglichkeiten zur Umschulung, nicht in jedem Einzelfall, ließ jedoch das volkswirtschaftliche Ziel der Vollbeschäftigung trotz aller Konjunkturschwankungen immer noch erreichbar erscheinen. Dass Vollbeschäftigung auch unter heutigen



Bedingungen in absehbarer Zeit wieder erreicht werden könnte, wagen dagegen selbst hoffnungsvollste Verfechter der Marktwirtschaft kaum noch zu behaupten.

Duhm führt die Angst auf die *Entfremdung* zurück, die objektiv durch den Warencharakter der Arbeit und die Herrschaft des Marktes über die zwischenmenschlichen Beziehungen bedingt ist, während sie subjektiv als das „bedrohliche Walten anonymer Mächte“ (D. Duhm, 1972, S. 46) in der Gesellschaft erlebt wird:

„Stellen wir uns den kapitalistischen Menschen vor: In der Schule, im Büro, im Betrieb, eingespannt in ein System von Ordnungen, Unterordnungen und ‘Sachzwängen’, ohne Überblick über das Ganze, darauf angewiesen, eine kleine vorgegebene Funktion zu erfüllen. Alle äußeren Faktoren, die sein Leben regulieren - auch die gesellschaftliche Moral - sind von Anfang an vorgegeben als fremde, außer ihm stehende Mächte. Will er existieren, so muss er sich anpassen, muss ihre Forderungen erfüllen. Auch seine Mitmenschen haben sich angepasst, sind ein Glied des fremden Apparates geworden. So findet er sich isoliert gegenüber einer anonymen Übermacht. Nicht mehr zu Menschen hat er Kontakt, sondern zu Instanzen. Sein Leben liegt nicht mehr in seinen Händen, sondern in den Händen der anonymen gesellschaftsformenden Mächte. Diese totale Fremdbestimmung kann nur erlebt werden als existentielle Bedrohung. Das Gefühl, ausgeliefert zu sein, wird zum Grundgefühl des entfremdeten Lebens. Ausgeliefertsein bedeutet Angst. Die Angst selbst wird vom entfremdeten Menschen erlebt als naturhafte, fremde Macht. (...)“

Die menschliche Solidarität ist in der totalen Warenwirtschaft gleich zweimal zerrissen: zum einen, weil die Menschen sich als ökonomische Charaktermasken auf einem immerwährenden Markt gegenüber treten, wo der Tauschwert interessiert und nicht der Mensch. (...) Zum anderen, weil sie sich auf diesem Markt als Vertreter der anonymen gesellschaftlichen Macht begegnen. Beides muss in ihnen ein

Grundgefühl der Isoliertheit und Angst erzeugen. Die verselbständigten Mächte verurteilen den Menschen in der Entfremdung zur Subjektlosigkeit und tiefen Passivität, die durch das ganze Theater von Leuchtreklame, Sportwagen und Karriere nicht überschrien werden kann.“ (D. Duhm, 1972, S. 46ff.)

Dieser grundsätzlichen Kritik, die ähnlich auch von Fromm formuliert sein könnte, ist nicht viel hinzufügen. Auch durch den Niedergang des Sozialismus - wobei es keine Rolle spielt, ob seine real existierende Form oder die Idee gemeint ist - hat sie nicht im geringsten an Brisanz verloren. Im Gegenteil, die zu Vereinzelung, Angst und Entfremdung führenden Mechanismen einer auf dem *Marktprinzip* beruhenden Gesellschaftsordnung treten umso schärfer hervor, als der „siegreiche“ Kapitalismus kein Korrektiv in Form eines anderen Systems mehr kennt.

Mit Bezug auf die psychischen Folgen drohender Arbeitslosigkeit sind vor allem zwei Begleitumstände kapitalistischen Wirtschaftens hervorzuheben, die sich auf dem Arbeitsmarkt auswirken: *Leistungsprinzip* und *Konkurrenz*. Es handelt sich hier insofern um eine „ständige Quelle der Angst“ (D. Duhm, a. a. O., S. 50), als die eigene Leistung an der Leistung anderer gemessen wird, womit Versagensängste entstehen. Daraus folgt:

„Das Versagen anderer hebt die eigene Leistung. Die dem Leistungsprinzip unterworfenen Menschen der kapitalistischen Gesellschaft wünschen deshalb - bewusst oder unbewusst - das Versagen der anderen. Damit vertieft das Leistungsprinzip die Kluft zwischen den Menschen, verfeindet sie gegenseitig und legt auch in die besten Beziehungen einen Bodensatz von Neid und Missgunst. Die menschlichen Beziehungen, die ohnehin infolge des Warencharakters und der Entfremdung aufgestaut sind mit latenter Angst, füllen sich nun aufgrund der latenten Feindseligkeit weiter mit Angst. Die kapitalistischen Menschen sind voreinander auf der Hut. Ihre Sicherheit erhalten sie erst,



wenn ihre Charaktermaske, mit der sie sich begegnen, gut funktioniert. Dazu gehört die Leistung, denn sie besitzt sowohl in den ökonomischen als auch in den außerökonomischen Beziehungen den höchsten Tauschwert: Man erhält für sie Geld und gesellschaftliches Ansehen. Die Kehrseite aber ist immer Angst zu versagen, von der auch 'selbstsichere' Menschen durch und durch geprägt sind." (D. Duhm, a. a. O., S. 50).

In Zeiten wachsender Arbeitslosigkeit, angesichts von Massenentlassungen in den Betrieben, die dem Ziel dienen sollen, durch rationelleren Einsatz von weniger Personal die Produktivität zu steigern und damit die Konkurrenzfähigkeit der Betriebe zu verbessern, wirken sich die bei Duhm beschriebenen Tendenzen besonders drastisch aus. So schreibt DER SPIEGEL in seinem Leitartikel vom 31.1.1994, in den Belegschaften sei das Klima so schlecht wie nie zuvor:

„Beim Betriebsrat der Luft- und Raumfahrtfirma Dornier in Friedrichshafen, die 1000 von 4600 Stellen streichen will, gingen Hetzbriefe gegen Doppelverdiener ein: Die sollten doch, bitte schön, zuerst ihre Sachen packen.

Die Betriebsräte der IBM-Hauptverwaltung in Stuttgart erhielten Schmähungen gegen ältere Kollegen, die nicht auf Vorruhestandsregelungen eingingen. Alle über 45 müssten rausgeschmissen werden, befand ein Absender. Beim Metallverarbeiter Fichtel & Sachs in Schweinfurt prügeln sich türkische und deutsche Arbeiter; es ging darum, wer wem die Jobs wegnimmt.

Gleichzeitig wächst die Furcht, gegen den Arbeitgeber aufzubegehren. Bei der SZE Microelectronics, einem 90-Mann-Betrieb in Flintbek bei Kiel, erhielten die Arbeitnehmer ausgerechnet in der Vorweihnachtszeit zwei Monate lang kein Gehalt: der Betrieb stand vor dem Konkurs. Klaglos kürzten die Beschäftigten ihre Einkaufslisten oder liehen sich Geld bei Freunden und Verwandten."³

Zunahme von *Konkurrenz untereinander*

und Stillhalten bei Konflikten mit der Geschäftsleitung ergeben sich häufig als Konsequenz für die Beschäftigten aufgrund der angespannten Arbeitsmarktlage. Für viele Arbeitgeber mag die Arbeitsmarktlage eine willkommene Gelegenheit sein, um Belegschaften zu disziplinieren, Tarifverträge außer Kraft zu setzen und den Einfluss der Gewerkschaften zu bekämpfen. Doch es mehren sich auch die Anzeichen, dass nicht alle Arbeitnehmer bereit sind, aus Angst um den Arbeitsplatz klein beizugeben:

„Schon registrieren die Gewerkschaften verstärkt Zulauf von gutverdienenden Angestellten, die um ihren Arbeitsplatz fürchten. (...) Der IG Metall treten vermehrt einkommensstarke Angestellte bei, seit es der Computerbranche lausig geht. Bei Digital Equipment, dem weltweit zweitgrößten Computerunternehmen, schnellte der Anteil der Gewerkschaftsmitglieder in der Belegschaft innerhalb zweier Jahre von 3 auf 30 Prozent hoch."⁴

Gewerkschaftliche Organisation und solidarisches Handeln mit entsprechender Rückendeckung eröffnet Möglichkeiten der Gegenwehr, ohne die der einzelne den Kräften des Marktes hilflos ausgeliefert wäre. In einer markt- und wettbewerbsorientierten Wirtschaft bedarf es vor allem der Selbstorganisation der Arbeitnehmerschaft und der *Interessenvertretung* durch die Gewerkschaften, auch als ein Mittel gegen die Angst, die vereinzelt. Zwar sind die Möglichkeiten kollektiver Gegenwehr, wie der jahrelange Kampf um die Erhaltung der „Rheinstahl AG“ in Düsseldorf-Rheinhausen oder der spektakuläre Hungerstreik der Kumpels von Bischofferode gezeigt haben, nicht immer von Erfolg gekrönt, aber es scheint mir sicher, dass ohne derartige Aktionen die Entwicklung noch viel rascher in die Arbeitslosigkeit und damit ins gesellschaftliche Abseits geführt hätte.

Die im Gefolge der letzten Rezession erfolgte Welle von Massenentlassungen, die auch nach dem Wiederanspringen der

³ Vgl. DER SPIEGEL v. 30.5.1994, S. 58ff.

⁴ DER SPIEGEL vom 31.1.1994, S. 85f.



Konjunktur einen breiten Sockel von Dauerarbeitslosen hinterlässt, lässt sich als Folge einer Panikreaktion der europäischen Unternehmen verstehen, die der mit Schlagwörtern wie „lean production“ und „lean management“ angedeuteten Marktoffensive aus Fernost forcierte eigene Rationalisierungsprogramme entgegensetzen. In der gegenwärtigen Situation besteht die Gefahr, dass die bisherigen, auf dem Konsens von Arbeitgebern, Regierung und Gewerkschaften beruhenden, die deutsche Nachkriegsgeschichte prägenden und für andere Länder in manchem vorbildhaften Prinzipien der „Sozialen Marktwirtschaft“ dabei kurzerhand über Bord geworfen werden. So mag es sein, dass in der jetzigen Krise der Kapitalismus auch bei uns sein wahres, nämlich unmenschliches Gesicht zeigt; vielleicht kündigen die Massenentlassungen aber auch schon den „letzten Amoklauf des Rentabilitätsprinzips“ (R. Kurz, 1991, S. 238) an, der nach dem Vorrücken über die Länder des Ex-Realsozialismus jetzt auch die Zentren in den OECD-Staaten erfasst hat.

5. Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit

Wenn Arbeitslosigkeit, wie es in unserer Gesellschaft der Fall ist, mit materiellen Einbußen und sozialem Abstieg bestraft wird, so dass Angst und Apathie bei wachsenden Teilen der Bevölkerung um sich greifen, dann ist davon auszugehen, dass eine „Überwindung“ der Arbeitsgesellschaft, wie sie einigen „linken“ Kritikern (z. B. Adam Schaff und Ivan Illich, vgl. B. Bierhoff, 1990, S. 48ff.) vorschwebt, auf absehbare Zeit noch eine Utopie bleiben wird. Zwar hat, wie in den meisten Industrienationen, so auch in Deutschland seit der Wiederaufbauphase nach dem Zweiten Weltkrieg, eine Abkehr vom calvinistischen Arbeitsethos, hin zu einer stärkeren Freizeitorientierung stattgefunden; da Möglichkeiten der Freizeitgestaltung innerhalb des bestehenden Systems jedoch als *durch Arbeit erworbene Konsumchancen* begriffen werden, bleibt, auch wenn Sinnerfüllung zunehmend in der Freizeit und nicht in der Arbeit gesucht wird, das alte Paradigma, dass erst Arbeit zum Genuss

berechtigt, erhalten.

Kritiker der „entfremdeten“ Arbeit im Kapitalismus könnten die Tatsache, dass Arbeit immer mehr zum „knappen Gut“ wird oder dass, wie ein bekannter Slogan sagt, „der Arbeitsgesellschaft die Arbeit ausgeht“, grundsätzlich ins Positive wenden: Das Knappwerden bezahlter Lohnarbeit könnte das baldige Ende dieser Form von entfremdeter Arbeit signalisieren und damit den nächsten Schritt zur Befreiung einleiten. Arbeitslosigkeit wäre dann „ein Makel, der auch eine Tugend sein könnte“ (R. Breidenstein, 1977, S. 178ff.). Die Befreiung vom Diktat entfremdeter Arbeit, mit deren Hilfe ein ebenso entfremdeter Konsum finanziert wird, böte die Chance, die neu gewonnene Freizeit für kreatives Tätigsein zu nutzen - ein Gedankengang, der sich auch auf Erich Fromm stützen kann, denn er sieht in der Reduzierung entfremdeter Arbeit eine wichtige Vorbedingung dafür, dass der Mensch „aufhört, Konsum zu sein, und ein produktives menschliches Lebewesen wird“ (E. Fromm, 1959f, S. 246).

Ich halte es jedoch für höchst problematisch, derartige Gedankengänge, die im Rahmen grundsätzlicher philosophischer Überlegungen zur Gesellschaftsumgestaltung durchaus ihren Platz haben können, einem heute in unserer Gesellschaft lebenden Arbeitslosen gewissermaßen als Trost anzubieten. Wer dies täte, verhielte sich zynisch, weil er die mit Arbeitslosigkeit verbundene *materielle Not*, den auf sie folgenden sozialen Abstieg und die mit der Entwertung der Arbeitskraft verbundene Minderung des Selbstwertgefühls, die sich leicht zu einer Sinn- und Existenzkrise auswachsen kann, nicht erst nimmt. Die Empfehlung, auf überzogenen Konsum zugunsten von *produktiver Lebensgestaltung* zu verzichten, kann sich sinnvollerweise nur an saturierte Wohlstandsbürger in den Industrieländern richten, nicht an Menschen in der Dritten Welt, die vom Hungertod bedroht sind, weil sie keine Arbeit finden, und auch nicht an arbeitslose Unterschicht-Angehörige in den Industrieländern, die plötzlich mit weniger als den offiziell angegebenen 60 Prozent des letzten Monatsgehalts auskommen müssen und von daher gezwungen sind, ihr Leben auf einem



erheblich niedrigeren materiellen und kulturellen Niveau neu zu organisieren (vgl. G. Gillen, M. Müller, 1992, S. 33ff.).

Sieht man einmal von der psychischen Funktion der Arbeit ab - H. Petzold bezeichnet sie als eine der fünf „Support-Säulen der Identität“ (H. Petzold, H. Heintz, 1983, S. 430ff.) -, so wäre das mindeste, was einem Arbeitslosen zum Ausgleich geboten werden müsste, dass er in materieller Hinsicht gegenüber seinen arbeitenden Kollegen nicht wesentlich schlechter gestellt wäre. Angesichts der von der Bundesregierung beschlossenen und weiter geplanten Kürzungen im sozialen Bereich - z. B. Befristung der Arbeitslosenhilfe auf zwei Jahre - sind wir von einem solchen materiellen Ausgleich derzeit jedoch weiter denn je entfernt.

Was Arbeitslose oder von Arbeitslosigkeit Bedrohte brauchen, um angstfrei leben zu können, ist nicht sosehr psychologischer Zuspruch, sondern zunächst und vor allem ausreichende *materielle* Unterstützung, darüber hinaus jedoch, da Arbeit als „Support-Säule der Identität“ (H. Petzold, a. a. O.) auf absehbare Zeit durch nichts anderes ersetzt werden kann, eine möglichst effektive Unterstützung bei der *Wiedereingliederung in den Arbeitsprozess*. Neben individuellen Förderungshilfen, wie z. B. Fort- und Weiterbildung, Umschulung und Teilnahme an Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, die schon seit längerem zum Arsenal einer aktiven Beschäftigungspolitik gehören, sind derzeit jedoch auch und vor allem strukturelle Maßnahmen, wie z. B. zusätzliche konjunkturpolitische Impulse und eine „ökologisch verträgliche Industrie- und Regionalpolitik“ (DGB 1994, S. 4) erforderlich, um die Arbeitslosigkeit zu reduzieren. Ehe ich die in diesem Zusammenhang zu erwähnende „Fünf-Wege-Strategie zu mehr Beschäftigung“ des Deutschen Gewerkschaftsbundes näher erläutere, zunächst jedoch noch einige Bemerkungen grundsätzlicher Art:

1. Wir werden auf absehbare Zeit damit leben müssen, dass es nicht nur in den Entwicklungsländern, wo die Arbeitslosigkeit teilweise 70-80 Prozent beträgt, sondern auch in den Industrieländern eine *relativ hohe Arbeitslosigkeit* gibt. Sowohl die Vorstellung, es sei möglich, im Rahmen des

gegenwärtigen kapitalistischen Wirtschaftsystems zur früher einmal vorhandenen Vollbeschäftigung zurückzukehren, als auch die - die aktuelle Not gewissermaßen zur Tugend umfunktionierende - Vorstellung von einer „Überwindung“ der Arbeitsgesellschaft, in der Arbeitslosigkeit kein Mangel mehr wäre, müssen, gemessen an den derzeitigen Verhältnissen und ihren realen Auswirkungen, ins Reich der Utopie verwiesen werden.

2. Es ist in erster Linie Aufgabe der „Wirtschaft“ und einer dem Gros der Bevölkerung dienenden, d. h. *arbeitnehmerorientierten Wirtschaftspolitik*, für mehr Beschäftigung zu sorgen. Solange jedoch die „Wirtschaft“ gleichgesetzt wird mit Kapitalinteressen und Wirtschaftspolitik zur Sicherung des „Standorts Deutschland“ vor allem auf Rationalisierung und Masseneinstellungen zwecks Steigerung der Produktivität, flankiert von Kürzungen der Sozialleistungen, gerichtet ist, wie bei der jetzigen Bundesregierung,⁵ ist trotz des gegenwärtigen Konjunkturaufschwungs kein nennenswerter Rückgang der Arbeitslosenzahlen zu erwarten.
3. Arbeitslose bedürfen zur Reintegration in den Arbeitsmarkt der Unterstützung durch personbezogene Maßnahmen wie Fortbildung, Umschulung und Vermittlung von ABM-Stellen. Auch die *sozialen Berufe*, d. h. Sozialarbeiter und Psychologen, Therapeuten und Erwachsenenbildner, die in solchen Maßnahmen tätig sind, bleiben in ihren Handlungsmöglichkeiten *von der Lage auf dem Arbeitsmarkt abhängig*. Je größer die Diskrepanz zwischen der Zahl der Arbeitslosen und der Zahl der offenen Stellen, umso größer ist die Gefahr, dass das primäre Ziel dieser Maßnahmen, die Wiedereingliederung der Arbeitslosen in den Arbeitsprozess, nicht erreicht wird; vielmehr treten sekundäre Ziele, wie psychische Stabilisierung angesichts fortdauernder Arbeitslosigkeit oder die Verarbeitung von Misserfolgen bei Bewerbungen (vgl. Th.

⁵ DER SPIEGEL, a. a. O., S. 85.



Kieselbach, A. Wacker, 1986, S. 358ff.), unter diesen Umständen in den Vordergrund. Die sozialen Berufe, die im übrigen im Zuge des Sozialabbaus gleichfalls von Stellenkürzungen betroffen sind, sollten sich jedoch davor hüten, sich zum Handlanger einer Ausgrenzungs- statt Integrationspolitik zu machen.

4. Ein wichtiges Prinzip sozialer Therapie ist *Hilfe zur Selbsthilfe* (vgl. H. Johach, 1993, S. 179f.). In diesem Sinne gilt: Wer arbeitslos oder von Entlassung bedroht ist, sollte nicht warten, bis ihm Hilfe von außen - z. B. durch die Arbeitsvermittlung - angeboten wird, sondern er sollte nach Möglichkeit selbst aktiv werden. Professionell begleitete *Arbeitslosen-Initiativen* mit dem Ziel, die eigene Arbeitskraft sinnvoll einzusetzen, sind ein wirksames Mittel gegen Apathie und Angst sowie gegen den Abbau der Leistungsfähigkeit, der sich bei längerer Arbeitslosigkeit fast unvermeidlicherweise einstellt. Sie können jedoch den Verlust des Arbeitsplatzes nur zum Teil kompensieren und sind deshalb kein vollwertiger Ersatz, sondern stellen eher eine Art von Überbrückungshilfe dar.

Ich erläutere nun kurz die „*Fünf-Wege-Strategie zu mehr Beschäftigung*“ des DGB, ehe ich zum Abschluss komme. Dass ich diese Strategie hier bekannt machen und diskutieren möchte, hat seinen Grund darin, dass ich Wege aus Angst und Apathie im Zusammenhang mit dem Problem der Arbeitslosigkeit nicht in individualisierenden Maßnahmen sehe, sondern in einer von der Idee der Solidarität getragenen sozialen Praxis.

Die „*Fünf-Wege-Strategie*“, die der DGB vorschlägt, umfasst folgende Hauptpunkte (vgl. DGB 1994, S. 3ff.):

- *Konjunkturpolitische Impulse*, vor allem durch öffentliche Investitionen (u. a. ein „Vorziehen der Aufträge für das Aufbauprogramm Ost“ in Höhe von 6,6 Mrd. DM, a. a. O., S. 4) und Senkung der Leitzinsen durch die Bundesbank;
- Einen *Investitionsschub* zugunsten von Zukunftstechnologien, wie z. B. Mikroelektronik, Mikrosystemtechnik,

Biotechnologie oder Entwicklung neuer Werkstoffe, verbunden mit dem Ausbau von Forschung und Entwicklung, Ausbau und Modernisierung der öffentlichen Infrastruktur und der öffentlichen Verwaltung, sowie einen „Ausbau gesellschaftlich nützlicher Dienstleistungen“ (S. 7) im Bereich der Umwelttechnik und des Kommunikations- und Gesundheitswesens;

- Eine *Bildungs- und Qualifizierungsoffensive*, durch die vor allem die berufliche Weiterbildung zur „gleichberechtigten vierten Säule im Bildungssystem“ (S. 9) ausgebaut und der bestehende „Nachholbedarf für An- und Ungelernte“ (S. 10) behoben werden soll;
- Den Ausbau der *Zeitsouveränität* der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und eine „gerechte Verteilung der Arbeit“ (S. 11), d. h. vor allem: weitere Verkürzung der Wochenarbeitszeit in Richtung auf die 35-Stunden-Woche, Umwandlung der Lohnzuschläge für Nacht- und Sonntagsarbeit in Freizeitausgleich und „Ausweitung des Angebots an sozial abgesicherten Teilzeitstellen“ (ebd.).
- Schließlich wird, speziell auf Arbeitslose zugeschnitten, das *„Stabilisieren und Erweitern von Arbeitsmarktbrücken“* (S. 12) empfohlen; dazu gehören die klassischen arbeitsmarktpolitischen Instrumente wie Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Fortbildung und Umschulung, Einarbeitungszuschüsse, Kurzarbeiter- und Schlechtwettergeld, aber auch „neue arbeitsmarktpolitische Beschäftigungsmöglichkeiten und Projekte“, wie z. B. Beschäftigungsgesellschaften und zielgruppenorientierte Projekte für qualifizierte Arbeitslose, Langzeitarbeitslose, Frauen, die nach der Phase verstärkter Familienarbeit wieder ins Erwerbsleben zurückkehren wollen, und Schwervermittelbare.

Diese Vorschläge könnten, wenn sie in die Tat umgesetzt würden, gewiss einiges zur Verringerung der Massenarbeitslosigkeit beitragen. Ihr Dilemma liegt darin, dass sie, was die beiden ersten Punkte angeht, zur Gänze, was den dritten und fünften Punkt angeht, zum



größten Teil Appell-Charakter haben, da sich diese Forderungen an andere Entscheidungsträger als Gewerkschaften und Arbeitnehmer richten. Nur beim vierten Punkt (Arbeitszeitverkürzung und gerechtere Verteilung der Restarbeit) können die Gewerkschaften aufgrund der bisher noch geltenden Tarifautonomie selbst stärkeren Druck zur Durchsetzung ihrer Forderungen ausüben. Dies heißt jedoch: Bei der jetzigen politischen Kräftekonstellation ist es sehr schwierig, dieses Programm in die Praxis umzusetzen. Nur bei hinreichender Unterstützung durch eine Regierung, die sich wenigstens einen Teil dieser Positionen zueigen macht, anstatt einseitig den Arbeitgeberstandpunkt zu vertreten, hat die „Fünf-Wege-Strategie“ eine Chance, realisiert zu werden.

Auf zwei kritische Punkte sei dabei noch besonders hingewiesen. Zum einen: Die meisten Wirtschaftsfachleute sind sich darüber einig, dass der Arbeitskräfterrückgang im primären und sekundären Sektor weitergehen wird und sich nur im tertiären Sektor, bei den *Dienstleistungen*, in absehbarer Zeit ein nennenswerter Zuwachs ergeben könnte. Wie das Beispiel USA zeigt, ist jedoch gerade der Dienstleistungssektor anfällig für niedrig bezahlte, sozial ungeschützte Jobs, die kaum das Existenzminimum sichern. Der auch bei uns festzustellende „Rückzug des Staates aus der Sozialpolitik“ (U. Schneider, 1993) könnte dazu führen, dass Arbeitslose mittel- und langfristig entweder gezwungen werden, unterbezahlte Jobs auf dem sogenannten „Zweiten Arbeitsmarkt“ anzunehmen oder als Gegenleistung für den Bezug von Arbeitslosen- und Sozialhilfe unentgeltlich Dienstleistungen im öffentlichen Bereich auszuführen. Im DGB-Papier heißt es zwar: „Der amerikanische Weg der Expansion der privaten Dienstleistungen in Form nicht geschützter, sozial deklassierter Arbeitsverhältnisse kann kein Modell sein“ (a. a. O., S. 7): es bedarf jedoch erhöhter Wachsamkeit auf Seiten der Gewerkschaften, dass es nicht, wie in der Wirtschafts-, so auch in der Arbeitsmarktpolitik zu einer Übernahme amerikanischer Verhältnisse kommt.

Die zweite kritische Bemerkung bezieht sich auf den sog. „Ausbau der Zeitsouveränität“, also

das, was herkömmlicherweise mit dem Stichwort „*Arbeitszeitverkürzung*“ bezeichnet wird. Schon die Umbenennung lässt eine sehr weitgehende Konzessionsbereitschaft der Gewerkschaften erkennen. Die vor einigen Jahren noch erhobene, in den Tarifverhandlungen der beiden größten Einzelgewerkschaften IG Metall und ÖTV zentrale Forderung nach genereller Einführung der 35-Stunden-Woche steht verschämt im Kleingedruckten, von „vollem Lohnausgleich“ ist schon gar nicht mehr die Rede. Immerhin zeigt das Beispiel Volkswagenwerk AG in Wolfsburg, dass eine mit vergleichsweise geringen Lohnneinbußen verbundene Reduzierung der Wochenarbeitszeit - 20% weniger Arbeit, 10 % weniger Lohn -, wie sie in diesem Fall mit den Gewerkschaften ausgehandelt wurde, tatsächlich zur Erhaltung von Arbeitsplätzen beitragen kann. Die Gewerkschaften müssen jedoch auf der Hut sein, um sich in den anstehenden Tarifverhandlungen nicht über den Tisch ziehen zu lassen, denn in den meisten Fällen geht es bei der Flexibilisierung der Arbeitszeit weniger um die behauptete „Zeitsouveränität der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer“, als vielmehr um die maximale Ausnutzung des vorhandenen Maschinen- und Menschenpotentials. Dass durch Flexibilisierung der Arbeitszeit automatisch neue Arbeitsplätze entstehen, ist äußerst fraglich, denn inzwischen sehen manche Tarifverträge für bestimmte qualifizierte Berufe auch schon die Möglichkeit einer längeren Wochenarbeitszeit vor. Ein zu weites Entgegenkommen gegenüber den Forderungen der Arbeitgeber könnte den von den Gewerkschaften nicht beabsichtigten Effekt haben, dass weiterhin kräftig rationalisiert werden kann, ohne dass neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

6. Schlussbemerkungen

Ausgehend von den frühen Untersuchungen Fromms in der *Arbeiter- und Angestellten-Untersuchung* (E. Fromm, 1980), und der aus den Dreißiger Jahren stammenden *Marienthal-Studie* (M. Jahoda u. a., 1978), wurde hier zunächst versucht, die psychischen



Auswirkungen von Arbeitslosigkeit zu beschreiben. In einer aktualisierenden Reinterpretation von Dieter Duhms *Angst im Kapitalismus* (1974) ging es anschließend darum, die Angst vor Arbeitsplatzverlust als eine typische Folgeerscheinung der Rationalisierung und des Konkurrenzdrucks in den hochindustrialisierten Ländern herauszustellen. Im Mittelpunkt stand dabei weniger die Angst als subjektiv erlebtes, intrapsychisches Phänomen, als vielmehr die Wechselwirkung zwischen objektiven gesellschaftlichen Entwicklungen und subjektiven Reaktionen in Form von Angst und Apathie. Schließlich wurden Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit als einen hochgradig angstauslösenden Faktor in unserer Gesellschaft erörtert, die sich vor allem auf Vorschläge der Gewerkschaften stützten. Nicht näher eingegangen bin ich in diesem Zusammenhang auf die Position der Kirchen, deren gesellschaftspolitisch progressive Vertreter sich gegenwärtig zu Kritikern des gegenwärtig auch von Regierungsseite betriebenen „social dumping“ machen.⁶

Die Angst, den Arbeitsplatz zu verlieren und eines Tages zu den sozial Deklassierten zu gehören, ist kennzeichnend für eine Gesellschaft, in der es trotz wirtschaftlichen Aufschwungs immer noch ca. vier Millionen Arbeitslose, darunter einen Großteil von Dauerarbeitslosen, gibt. Es ist ein Gebot der sozialen Gerechtigkeit und der Solidarität gegenüber den durch Arbeitslosigkeit und Armut Ausgegrenzten, dass die Entwicklung zur „unsozialen Marktwirtschaft“, die Angst und Apathie erzeugt, gestoppt wird. Es bedarf deshalb gemeinsamer Anstrengungen aller an der Erhaltung einer „sozialen Demokratie“ interessierten Kräfte, dass die Aufspaltung der Gesellschaft in Arbeitsplatzbesitzer und Arbeitslose, gutsituierte Wohlstandsbürger und hoffnungslos ins Abseits gedrängte Menschen zweiter Klasse nicht weiter fortschreitet.

Literaturnachweise

⁶ Vgl. SPIEGEL-Titel: „Was rettet die Wirtschaft? Sozialabbau - Steuersenkung - Rationalisierung“. *DER SPIEGEL* vom 6.9.1993, S. 30ff.

- Bierhoff, B., 1993: „Zum Zusammenhang von Arbeit, Charakter und Erziehung“. In: *Arbeit - Entfremdung - Charakter*. Jahrbuch der Internationalen Erich-Fromm-Gesellschaft, Bd. 4 (1993), S. 29-62.
- Breitenstein, R., 1978: „Arbeitslosigkeit - ein Makel, der auch eine Tugend sein könnte“. In: *Die Zukunft der Arbeit*, Bd. 2. *Technologie und Politik. Das Magazin zur Wachstumskrise*, hrsg. v. F. Duve. Reinbek 1978, S. 178-181.
- Bonß, W., 1980: „Kritische Theorie und empirische Sozialforschung. Anmerkungen zu einem Fallbeispiel“. Einleitung zu: E. Fromm: *Arbeiter und Angestellte am Vorabend des Dritten Reiches*. München 1980, S. 7-46.
- Bonß, W., und Heinze, R. G. (Hrsg.), 1984: *Arbeitslosigkeit in der Arbeitsgesellschaft*. Frankfurt/M. 1984.
- DGB 1994: *kFünf-Wege-Strategie zu mehr Beschäftigung. Positionen des Deutschen Gewerkschaftsbundes*. Düsseldorf 1994.
- Duhm, D., 1972: *Angst im Kapitalismus. Versuch der gesellschaftlichen Begründung zwischenmenschlicher Angst in der kapitalistischen Warengesellschaft*. Lampertheim 1972.
- Duve, F., „Editorial“. In: *Die Zukunft der Arbeit*, Bd. 1. *Technologie und Politik. Das Magazin zur Wachstumskrise*. Reinbek 1977, S. 3-5.
- Engelen-Kefer, U., 1978: *Arbeitslosigkeit*. Köln 1978.
- Frese, M., 1987: „Zur Verlaufsstruktur der psychischen Auswirkungen von Arbeitslosigkeit“. In: Kieselbach, Th.; Wacker, A. (Hrsg.): *Individuelle und gesellschaftliche Kosten der Arbeitslosigkeit*. Weinheim 1987, S. 224-241.
- Fromm, E., *Gesamtausgabe* (GA) in 10 Bänden, hrsg. v. R. Funk. München 1989.
- 1936b: „Autorität und Familie. Geschichte und Methoden der Erhebungen“. GA III, S. 225-230.
- 1937a: „Zum Gefühl der Ohnmacht“. GA I, S. 189-206.
- 1941a: *Die Furcht vor der Freiheit (Escape from Freedom)*. GA I, S. 217-392.
- 1955a: *Wege aus einer kranken Gesellschaft (The Sane Society)*. GA IV, S. 1-254.
- 1959f: „Freedom in the Work Situation“. In: *Arbeit - Entfremdung - Charakter*. Jahrbuch der Internationalen Erich-Fromm-Gesellschaft, Bd. 4 (1993), S. 238-249.
- 1980a: *Arbeiter und Angestellte am Vorabend des Dritten Reiches. Eine sozialpsychologische Untersuchung*. GA III, S. 1-224.
- Fromm, E., und Maccoby, M., 1970b: *Psychoanalytische Charakterologie in Theorie und Praxis. Der Gesellschafts-Charakter eines*



- mexikanischen Dorfes (Social Character in a Mexican Village)*. GA III, S. 231-540.
- Gillen, G.; Möller, M. (Hrsg.), 1992: *Anschluss verpasst. Armut in Deutschland*. Bonn 1992.
- Hanesch, W. u. a. (Hrsg.), 1994: *Armut in Deutschland. Der Armutsbericht des DGB und des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes*. Reinbek 1994.
- Horkheimer, M. (Hrsg.), 1936: *Studien über Autorität und Familie. Forschungsberichte aus dem Institut für Sozialforschung*. Paris 1936.
- Jahoda, M.; Lazarsfeld, P. F.; Zeisel, H., 1978: *Die Arbeitslosen von Marienthal. Ein soziographischer Versuch*. 2. Aufl. Frankfurt/M. 1978.
- Johach, H., 1993: *Soziale Therapie und Alltagspraxis. Ethische und methodische Aspekte einer Theorie der sozialen Berufe*. München 1993.
- Kieselbach, Th.; Wacker, A. (Hrsg.), 1987: *Individuelle und gesellschaftliche Kosten der Massenarbeitslosigkeit. Psychologische Theorie und Praxis*. Weinheim 1987.
- Kühl, J., 1993: „Arbeitslosigkeit in der vereinigten Bundesrepublik Deutschland“. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*. Beilage zur Wochenzeitung *Das Parlament* B 35/93 (August 1993).
- Kurz, R., 1991: *Der Kollaps der Modernisierung. Vom Zusammenbruch des Kasernensozialismus zur Krise der Weltökonomie*. Frankfurt/M. 1991.
- Petzold, H.; Heintz, H. (Hrsg.), 1985: *Psychotherapie und Arbeitswelt*. Paderborn 1983.
- Schmitthenner, H., 1993: „Wieviel Humanität leistet sich das vereinigte Deutschland? Über Sozialabbau, Deregulierung und Demoralisierung“. In: Butenschön, R. u. a. (Hrsg.): *Gegen die soziale Lüge. Armut und Verelendung im reichen Deutschland*. Braunschweig 1993, S. 19-25.
- Schumacher, E., 1986: *Arbeitslosigkeit und psychische Gesundheit. Ergebnisse der Forschung*. München 1986.
- Schneider, U., 1993: *Solidarpakt gegen die Schwachen. Der Rückzug des Staates aus der Sozialpolitik*. München 1993.

Summary: Anxiety and Apathy - And How to React to These

Joblessness is one of the major social problems of the day. As of 1994, the number of unemployed in western Germany and the new Federal lands stood at approximately 4 million. In the European Union as a whole it stands at some 17 million. Fear at losing one's job and eventually ending up as a social déclassé has come to characterize a society in which, despite the economic upturn after the last recession, growing numbers of people exist who are permanently excluded from the job sector and who increasingly fail to land in the „social net“ erected by the welfare state.

Basing its approach on Fromm's early research in the Worker and Employee Study (Erich Fromm, 1980) and the Marienthal Study (M. Jahoda et al., 1978) [the German titles are Arbeiter-und Angestellten-Untersuchung and Marienthaler Studie respectively], this book first attempts a detailed coverage of the various psychic effects of joblessness. In a novel interpretation updating Dieter Duhm's *Fear in Capitalism* (1974), the author is concerned to depict fear at the likelihood of losing one's job as a typical consequence of the capitalist economic system - more concretely, of the rationalization and competitive pressures that characterize industry. The focus is less on fear as a subjectively experienced, intrapsychic phenomenon, but rather on the reciprocal links between objective social developments, on the one hand, and subjective reactions in the form of fear and apathy on the other. Finally, measures for combatting joblessness are discussed, especially those based on proposals by the unions.

Riassunto: Disoccupazione, ansia e apatia - e cosa si può fare per rimediare

La disoccupazione è uno dei più gravi problemi sociali del nostro tempo. Nel territorio dell'ex Repubblica Democratica Tedesca e nella Germania Occidentale i disoccupati ammontavano nel 1994 a circa 4 milioni, nella Comunità Europea nel suo complesso a circa 17 milioni. L'ansia di perdere il posto di lavoro e di appartenere un giorno ai declassati sociali è caratteristica di una società nella quale, malgrado una ripresa economica dopo l'ultima recessione, vi è un numero crescente di persone che



sono separate in permanenza dalla vita lavorativa, e che escono sempre di più anche dalla „rete sociale” dello stato sociale.

Partendo dalle prime indagini di Fromm nella *Ricerca sui lavoratori e sugli impiegati* (E. Fromm, 1980) e dallo *Studio di Marienthal* che risale agli anni Trenta (M. Jahoda e coll., 1978), si tenta dapprima di mostrare in modo differenziato le conseguenze della disoccupazione. In una nuova interpretazione aggiornata di *Angst im Kapitalismus* (L'ansia nel capitalismo) di Dieter Duhms (1974), si tratta poi di mettere in evidenza l'ansia per la possibile perdita del posto di lavoro come una tipica conseguenza della forma economica capitalistica, e più precisamente, della razionalizzazione e della pressione concorrenziale nelle imprese. Il punto centrale non è tanto l'ansia come fenomeno vissuto soggettivamente, intrapsichico, quanto piuttosto l'azione reciproca tra gli sviluppi sociali oggettivi e le reazioni soggettive sotto forma di ansia ed apatia. Infine, vengono discussi i provvedimenti contro la disoccupazione, che si basano soprattutto su proposte dei sindacati.

Si conclude che è un obbligo di giustizia sociale e di solidarietà verso coloro che sono colpiti dalla disoccupazione e dalla povertà l'arrestare lo sviluppo dell' „economia di mercato antisociale”, che causa ansia ed apatia. E' necessario l'impegno comune di tutte le forze interessate ad una „democrazia sociale” per impedire l'ulteriore scissione della società tra borghesi benestanti e individui di seconda classe, privi di speranza, spinti ai margini.

Resumen: Desempleo, miedo y apatía y lo que se debe hacer contra esto

El desempleo es uno de los más grandes problemas sociales de nuestro tiempo. En el territorio de la ex-RDA y en Alemania occidental alcanzó la cifra de desempleados casi los cuatro millones, en la Comunidad Europea los diecisiete. El miedo de perder el puesto de trabajo y de pertenecer un día a los desclasados sociales es el rasgo típico de una sociedad en la cual hay, a pesar del incremento económico desde la última recesión, un número creciente de seres humanos que de forma indefinida van siendo marginalizados de la vida laboral y cada vez más pierden contacto con la red y el estado social.

Partiendo de la base de las primeras investigaciones de Fromm sobre *Obreros y empleados* (E. Fromm 1980) y de la investigación *Marienthal-Studie* de los años 30 (M. Jahoda e.a.) se intenta en primer lugar de exponer de manera diferenciada las consecuencias psíquicas del desempleo. En una nueva y actualizada interpretación del libro de Dieter Duhm *Miedo en el capitalismo* (1974) se trata de mostrar que el miedo ante la posible pérdida del empleo es una consecuencia típica de la forma de economía capitalista, o dicho de manera más precisa: de la racionalización y de la presión competitiva en la industria. En el centro de este trabajo no se sitúa tanto el miedo como fenómeno psíquico y vivenciado subjetivamente, mas bien se centra la atención en la interacción entre desarrollos sociales objetivos y reacciones subjetivas en forma de miedo y apatía. Finalmente se discuten medidas contra el desempleo que se apoyan sobre todo en propuestas de los sindicatos.

En suma: es un precepto de la justicia social y de la solidaridad con los afectados por el desempleo y la pobreza de frenar el desarrollo de una „economía asocial de mercado” que engendra el miedo y la apatía. Se necesita el esfuerzo común de todas las fuerzas que están interesadas en una „democracia social” para interrumpir el desarrollo de la división de la sociedad en ciudadanos bien situados y seres humanos de segunda clase sin esperanza y marginalizados.